

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

55 (6.3.1917)

durch Handelstransaktionen gedeckt wäre. Nach dem Kriege würden die Waren der Verbündeten bei der Einfuhr in die Türkei begünstigt werden. Der Minister betonte, das Entgegenkommen Deutschlands bei der Nichtzahlung der Zinsen und Verzinsung bis das Papier gänzlich aus dem Verkehr gezogen sei, nämlich für 11 Jahre.

Kartoffelnot in England.

W.B. Amstedam, 5. März. (Nicht amtlich.) „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London: Am Samstag herrschte in London großer Kartoffelmangel, so daß viele Käufer wenig oder gar nichts erhielten. Vor den Tiden konnte man zum ersten Mal das Publikum nach Kartoffeln sehen. Der Mangel ist hauptsächlich Transportbehinderungen zuzuschreiben.

Englische Sozialisten in Zuchthäusern.

Wien, 5. März. Die „Verner Tagwacht“ schreibt unter dem Titel: „Drei englische Zuchthäuser voll Sozialisten“ folgendes:

Der englische Militarismus zeigt sich von Tag zu Tag mehr in einem neuen Lichte. Bald hört man von einer Kreuzigung von Soldaten, bald von anderen Schandthaten, und zwar werden diese Gefährnisse jeweils den Ministern im Unterhause abgelesen. So erfahren wir heute z. B., daß bereits zwei englische Zuchthäuser mit verurteilten Sozialisten und Antimilitaristen so überfüllt sind, daß sich die Regierung genötigt sah, das große Zuchthaus von Dartmoor von Verbrechern zu räumen, um Platz für die immer wachsende Zahl unserer verurteilten Genossen zu finden. Diese Tatsache hat der liberale Abgeordnete Laubert letzten Samstag dem Minister des Innern bekräftigt erhalten. Die Angabe der Zahl der so Verurteilten wurde jedoch verweigert. Daß gerade Dartmoor für die Unterkunft der Dienstverweigerer mit Gewissensbehalten gewählt wird, illustriert die Nachjudt der englischen Regierung gegenüber denjenigen, die sich weigern, für die imperialistischen Ziele ihres „Vaterlandes“ zu kämpfen. Es ist nämlich das verurteilte aller englischen Zuchthäuser, in welchem nur solche schwere Verbrecher gehalten wurden, die eine Strafe von mindestens drei Jahren abzuüben hatten. In dem Gefängnis, das sich in einer mühen reichsten Ebene befindet, gehören große Steinbrüche, in welchen nun unsere Genossen arbeiten müssen.

Wenn man daran denkt, daß zur Zeit der Gefangenschaft für die allgemeine Wehrpflicht die Regierung noch heilig versprochen hatte, solche Bürger, welche aus Gewissensgründen gegen den Militärdienst seien, nur für den Zivildienst zu verwenden, so werfen diese Enthüllungen ein eigenartiges Licht auf den Wert des Ehrenmorts der Regierenden. Trotz der Versprechungen, die der Minister den Arbeitervertretern im Parlament gemacht habe, daß Gesetz nicht gegen die Sozialisten angewendet und die letzteren in allen Beziehungen den Quätern gleichgestellt, füllten unsere Genossen die drei Gefängnisse von Wakefield, Warwick und Dartmoor, während religiöse Dienstverweigerer in offenen Lagern leben und nur zum Strafenpaß und ähnlicher Arbeit angehalten werden.

Es ist wider eines der Beispiele, wo verantwortliche Minister gelogen haben, um die Stimmen der Arbeiterabgeordneten für ihre Maßnahme zu gewinnen. Den Kriegsbehörden ist es aber noch nicht genug, daß die Opfer verlegener Minister in Zuchthäusern untergebracht werden, sie werden obendrein noch gequält.

So erklärt „Daily Mail“ vom 26. Februar, daß es für Verbrecher eine Befreiung wäre, wenn sie gezwungen würden, mit Sozialisten in derselben Strafanstalt zu leben, da Verbrecher auf dem Schlachtfelde dem Vaterlande gegenüber ihre Pflicht oft glänzend erfüllt hätten.

Und es gab eine Zeit, wo man vom „freien England“ sprach; ja dieses behauptet sogar heute noch, für die Rechte und Freiheiten der Völker zu kämpfen.

England bearbeitet die öffentliche Meinung in Holland.

W.B. Berlin, 5. März. (Nicht amtlich.) Ueber die Art und Weise, wie England die öffentliche Meinung in Holland zu bearbeiten versucht, um das Land seinen Wünschen gefügig zu machen, werden interessante Einzelheiten bekannt. Der neue englische Gesandte in Holland, Townley, bildete einen Kreis englandfreundlicher Politiker um sich, die Holland in englischem Sinne häufig bearbeiten sollen. An der ersten Geheimberatung dieses englisch-holländischen Propaganda-Ausschusses beteiligten sich Anfang Februar u. a. der Chef des Reuters-Büros in Amsterdam und der Redakteur Goldert vom „Telegraaf“. Daraufhin erschien am 13. Februar im „Telegraaf“ ein längerer Artikel mit der Überschrift: „Der Tauchbootkrieg und die Neutralen“, der auf Grund der von Townley in der vorangegangenen Sitzung gegebenen Direktiven abgefaßt war. Der Inhalt des Artikels, der sich gegen die angebliche deutsche Spionage und für den Schutz der gefährdeten holländischen Schifffahrt einsetzt, ist vom Chef des Amsterdamer Reuters-Büros inspiriert, der die Unvorsichtigkeit beging, darin die von ihm geprägten und dauernd gebrauchten Schlagworte und Nebenwendungen zu verwenden.

Verschiedene holländische Blätter verbreiten die Nachricht, daß Deutschland bei Holland wegen der Abtretung eines Landstrichs in der Provinz Limburg vorteilhaft wurde.

(W.B. bemerkt dazu: Wir sind amtlich ermächtigt, zu erklären, daß diese Meldung auf reiner Erfindung beruht.)

Amerikanische Pläne.

W.B. Berlin, 5. März. Wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, beabsichtigt die amerikanische Regierung außer der Bewaffnung der Handelsschiffe auch Patrouillen längs der von den amerikanischen Schiffen in die Gefahrene eingehenden Routen zu organisieren. Die Patrouillen würden von einer großen Flotte von Zerstörern und besonders von zur Bekämpfung der Unterseeboote bestimmten Schiffen ausgeführt werden. Weiter heißt es, die Obstruktionisten im amerikanischen Senat erklärten, sie würden den Präsidenten Wilson unterstützen, wenn der Kriegsfall eintrete. Sie beklagen aber die Vorschläge, die in der Bill enthalten seien, als zu weitgehend.

Die vereitelte Abstimmung.

W.B. Washington, 4. März. (Reuter-Meldung.) Am Mittag verlagte sich der Senat, ohne eine Abstimmung über das Gesetz der bewaffneten Neutralität vorgenommen zu haben, da die Geschäftsordnung des Senats, die keine Beschränkung der Debatten vorsieht, eine Handvoll Pazifisten und Deutschfreunde ermächtigen könne, die Debatte bis zum Mittag fortzusetzen, wo die gegenwärtige Session des Kongresses von selbst erlischt. Von 96 Senatoren haben 83 Erklärungen unterzeichnet, die sich entschieden für das Gesetz aussprechen und die Unmöglichkeit beklagen, es noch durchzubringen. 12 Senatoren verweigerten ihre Unterzeichnung, während einer wegen Krankheit verhindert war.

Eine Erklärung Wilsons.

Washington, 5. März. (Meldung des Reuters-Büros.) In einer am Sonntag abend veröffentlichten Erklärung teilte

Wilson dem Lande mit, es könne sein, daß er mangels der Ermächtigung vom Kongress nicht die Vollmachten haben werde, die Handelschiffe zu bewaffnen oder andere Maßnahmen zu ergreifen, um der U-Bootgefahr zu begegnen. Der Präsident erklärt, es werde eine außerordentliche Session des Kongresses erforderlich sein, um ihm die nötigen Ermächtigungen zu geben, aber es wäre zwecklos, eine außerordentliche Session einzuberufen, solange der Senat unter der gegenwärtigen Geschäftsordnung arbeite, die es einer kleinen Minderheit ermöge, die überwiegende Mehrheit in Schach zu halten. Der Präsident schlägt deshalb vor, eine außerordentliche Session des Senats für heute einzuberufen, um die Geschäftsordnung abzuändern und für Mittel zu sorgen, um das Land vor einer Katastrophe zu bewahren.

Keine Jammerbriefe an die Front.

M. Von besonderer Seite erhalten wir nachfolgenden sehr beherzigen Artikel: „Die Militärbehörde hat den Beweis erbracht, daß trotz aller Warnungen immer noch wertvolle militärische, politische und wirtschaftliche Nachrichten durch den Briefwechsel mit den Kriegsgefangenen zur Kenntnis der Feinde gelangen.“ So schreiben eine Anzahl französischer Zeitungen. Hat dieser Mahnruf nicht auch für uns Deutsche Gültigkeit? Glaubt nicht bei uns manche Frau, manche Mutter ihren im Felde stehenden Angehörigen von den Sorgen des täglichen Lebens Kenntnis geben zu sollen? Gibt sich jede Neugierde über die Tragweite solcher Ausführungen, denkt sie daran, daß derartige Mägen in die Hände der Feinde fallen können, die daraus Waffen gegen uns schmieden? Macht sie nicht mit solchen Jammerbriefen dem Kämpfer draußen an der Front das Herz unnötig schwer? Kann ihr der Krieger in ihrer Verdrängnis helfen? Er, der selbst jede Minute bereit sein muß, sein Leben hinzugeben! Ihm wird das Sterben fürs Vaterland nicht leichter, wenn er weiß, daß seine Lieben zu Hause mit Sorgen zu kämpfen haben. Gewiß, die Ernährung ist schwierig und die Beschaffung von Lebensmitteln erfordert Zeit und Mühe; sie zwingt zu Einschränkungen und Entbehrungen. Was sind diese Entbehrungen aber gegen die großen Aufgaben, die jeder an der Front auf sich nehmen muß? In Sturm und Wetter, in Granaten durchwühlten Gräben, in verregneten Kletterkästen, in trübem Wasser, bei grauigem Frost und jenseitiger Sonnenhitze harzt er im Angesicht auf seinem Posten aus, von dem einen Gedanken besetzt, den Sieg an die deutschen Fahnen zu fesseln. Jetzt gült den Entschlossenheit, das wissen wir, das wissen unsere Feinde. Bei diesem Entschlossenheit muß jeder sein Leiberhutes hergeben, gleichgültig ob Mann oder Frau, ob im Felde oder in der Heimat. Ein Volk, in Wille!

Wie seit unendlichen Zeiten die deutsche Frau in Not und Gefahr dem Manne treu zur Seite gestanden hat, so wird sie auch in diesem Entschlossenheit Deutschlands alle Opfer auf sich nehmen, um dem geliebten Vaterland nicht nur das Durchhalten, sondern auch den Sieg zu ermöglichen. Auch das Kleinste und Unscheinbarste trägt hierzu bei. Deshalb nochmals die Mahnung: „Keine Jammerbriefe an die Front!“

fehlgeschossen.

Karlsruhe, 6. März.

Es gehört nicht zu den angenehmen Seiten der Journalistik, sich mit Blättern vom Schlage der „Leipziger Volkszeitung“ auseinanderzusetzen. Wenn wir es trotzdem tun, so nur, weil die Frage, die im vorliegenden Falle den Gegenstand der Polemik bildet, so wichtig ist, daß wir über die persönlichen Anwürfe, mit welchen die „L. V.“ gegen uns operiert, hinwegsehen können. Wenn uns das Leipziger Blatt der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft die sozialdemokratische Bestimmung abspriecht, so trösten wir uns mit den vielen Andern, denen das gleiche Schicksal zuteil wurde. Die Behauptung, Kolb sei kein Sozialdemokrat mehr, und glaube, den Arbeitern könne auch ohne Sozialismus geholfen werden, ist zu dünn, als daß sie einer Widerlegung bedürfte.

Der Sinn unseres Artikels hat die „L. V.“ gar nicht verstanden. Wir haben darauf hingewiesen, daß das sozialdemokratische Steuerprogramm reformbedürftig sei und daß man die enorm gewachsenen Staatslasten auf dem Wege der direkten Besteuerung der Vermögen und Einkommen allein gar nicht abbringen könne, ergo müßten auch indirekte Steuern herbeigeholt werden.

Die „L. V.“ vermehrt in unserem Artikel nähere Angaben darüber, welche indirekten Steuern eventuell in Frage kämen. Für die Arbeiter — so meint das Blatt — wäre das schließlich gleichgültig, denn indirekte Steuern wirken auf alle Fälle sozial ungerecht. Wenn man sich dogmatisch auf diesen Standpunkt stellt, dann bleibt allerdings gar nichts anderes übrig, als jede indirekte Steuer, gleichviel welcher Art und wie sie angebracht wird, prinzipiell abzulehnen. Dann kann die Sozialdemokratie aber auch nicht für die Schaffung von Monopolen eintreten, denn jedes Staatsmonopol wirkt im heutigen Staat wie eine indirekte Steuer. Diesen Gesichtspunkt hatten wir aber bei unseren Darlegungen in erster Linie im Auge.

Das Reich kommt ohne Monopole nicht mehr aus. Würde sich die Sozialdemokratie auf den von der „L. V.“ vertretenen Standpunkt stellen, dann wäre ihr Einfluß bei der Schaffung der Monopole gleich Null. Die Folge wäre, daß die Monopole einen in der Hauptsache fiskalischen Charakter bekämen. Ob es den Arbeitern so ganz gleichgültig sein kann, wie die zu schaffenden Monopole aussehen, ob das volkswirtschaftliche oder das fiskalische Prinzip dabei den Ausschlag gibt, erscheint uns sehr fraglich.

Der Standpunkt der „L. V.“ ist ebenso einfach wie bequem. Sie erklärt, wir haben keine Kriegskredite bewilligt, also haben wir auch keine Verantwortung für die Ausbringung der beglücklichen finanziellen Lasten. Ist aber damit den Interessen der Arbeiter gedient? Sicher nicht. Aufgabe der politischen Vertretung der Arbeiterklasse ist es, dafür zu sorgen, daß die Interessen der Arbeiter bei der Gesetzgebung weitgehendste Berücksichtigung erfahren. Wenn man jede politische Verantwortung „prinzipiell“ ablehnt, so verzichtet man damit von vornherein auch darauf, politischen Einfluß auszuüben. In der Praxis läuft also eine Haltung, wie sie die „L. V.“ empfiehlt, darauf hinaus, daß man den politischen Gegnern der Arbeiterklasse es allein

überläßt, die Steuern so zu gestalten, wie es ihnen paßt. Die Arbeiter haben dann zwar die Genehmigung, daß das Prinzip „hochgehalten“ wurde, allein um so schwerer wiegt die ihnen auferlegte Steuerlast. Dagegen haben wir uns in dem Artikel „Prinzip oder Bernunft“ gewandt und wir glauben damit eine bessere sozialdemokratische Politik verfochten zu haben als die „L. V.“

Ueber die Reformbedürftigkeit des sozialdemokratischen Steuerprogramms werden wir uns gelegentlich äußern. So viel aber steht heute schon fest, daß von einer Abschaffung aller indirekten Steuern und Bölle im Ernst keine Rede mehr sein kann. Es gibt auf der ganzen Welt keinen Staat, der ein solches Steuerprogramm praktisch durchführen könnte. Dabei bleibt die Frage noch offen, ob, wenn nur direkte Steuern erhoben würden — falls es praktisch möglich wäre — die Arbeiter nicht noch schlechter dabei fahren würden, denn auch die direkten Steuern werden zum großen Teil abgewälzt.

Wir haben absichtlich darauf hingewiesen, daß der Arbeiter nicht nur Konumenten-, sondern auch Produzenten-Interessen hat. Die „L. V.“ allerdings unterstellt uns, als ob wir die Steuerfrage nur nach dem Gesichtspunkt: Konumenten- oder Produzentenpolitik beurteilt hätten. Wir fordern die Berücksichtigung beider Interessen, nach Maßgabe ihrer Bedeutung. Stellt man sich auf diesen Standpunkt, dann kommt man mit der im sozialdemokratischen Programm niedergelegten Formel für die Steuerfragen nicht mehr aus, denn das Problem ist zu kompliziert, als daß es mit einer so einfachen prinzipiellen Formel gelöst werden könnte.

Item, die Steuerfrage ist wichtig genug, in der sozialdemokratischen Presse eingehend behandelt zu werden. Wenn diese Auseinandersetzungen in der von der „L. V.“ beliebigen Manier erfolgen, werden sie allerdings wenig fruchtbar sein. Dieses Blatt kann überhaupt keine sachliche Polemik führen. Jede Abweichung von dem von ihr vertretenen Standpunkt wird als Prinzipienverrat denunziert. Wir lassen uns dadurch aber nicht davon abhalten, den Darlegungen des Leipziger Blattes, soweit wir es für notwendig und zweckdienlich halten, entgegenzutreten. Nur dadurch, daß den Arbeitern klarer Wein über die „Politik“ der Arbeitsgemeinschaft eingehaucht wird, kann man sie davor bewahren, auf diese „Politik“ hereinzufallen.

Deutsches Reich.

Reichstagswahl in Stralburg.

Durch den Tod des Abg. Roland-Rüde muß in dem mecklenburgischen Wahlkreis Stralburg eine Ersatzwahl zum Reichstage vorgenommen werden. Die Nationalliberalen haben bereits dazu Stellung genommen und den Geschäftsführer des Kriegsaussschusses deutscher Reder, Dr. Stubmann - Gomburg als Kandidaten aufgestellt. Bei den letzten Wahlen erhielten die Nationalliberalen 6899, die Reichspartei 7733, die Sozialdemokraten 6492 Stimmen. In der Stichwahl siegte damit Roland-Rüde mit 125682 Stimmen. Da nach der Versicherung der Nationalliberalen Korrespondenz“ der Bürgerkriegs allseits gemahnt werden soll, ist die Wahl Stubmanns gesichert.

Preiswucher.

Das Schöffengericht Magdeburg verurteilte wegen Preiswuchers den Profuristen Louis Schmidt zu 6000 Mk. Geldstrafe. Die beiden hatten 700 Liter Sirup, der ihnen pro Doppelzentner 20 Mk. kostete, mit 60 Mk. weiterverkauft. Der Sirup geriet dann in den Kettenhandel und ging durch verschiedene Hände in verschiedenen Städten, um schließlich wieder einer Magdeburger Firma zum Preise von — 3200 Mark verkauft zu werden.

Ein Dementi.

In parlamentarischen Kreisen war das Gerücht verbreitet, daß der preussische Eisenbahnminister v. Breitenbach wegen der Kritik der gegenwärtigen Verkehrsbedingungen von seinem Amte zurücktreten wolle, wie bestimmt bekannt, beruht dieses Gerücht auf hollöser Kombinationen.

Ein Zentrumslblatt gegen den Lebensmittelwucher.

Ungewöhnlich scharfe Angriffe richtet ein westdeutsches Zentrumslblatt, „Die Mühlheimer Volkszeitung“ (Nr. 57) gegen die Gewinnhunger der Landwirtschaft und gegen die Regierung wegen ihrer verhassten Maßregeln. Angesichts der Zurückhaltung von Waren und des blühenden Schlechthandels in Speck und Schinken habe sich heute beim Schieber die Nebezeugung festgesetzt, daß die landliche Bucherzeugung nicht nur im großagrarischen Osten allgemein verbreitet sei, sondern auch im Westen und Süden unseres Vaterlandes proliferiere. Vor allem müßte den großen Herren Ostelbiens, die in ihren öffentlichen Kundgebungen immer den Mund so voll nähmen mit der Rüge des Durchhaltens — als wenn sie schon etwas von der Kriegsnöte gekostet hätten — das Handwerk gründlich gelegt werden. Wie sie sich käuflich und unkauflich, habe ihnen der kleine Bauer gründlich abgequält; er wolle eben beim Tanz ums goldene Kriegskreuz nicht am Schwanz hängen bleiben. Die Landbevölkerung und die Regierung müsse darüber aufgeklärt werden, wie die wahre Stimmung in den Großstädten sei, nämlich voll tiefster Erbitterung gegen die Lappheit des Kriegsernährungsamtes und die Gehässigkeit der landwirtschaftlichen Produzenten. Der Bogen sei bis zum äußersten gespannt. Es sei die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Regierung, dafür zu sorgen, daß namentlich die bis aufs Letzte ausgepumpte Industriearbeiter nicht noch dem Hungerhufus überliefert werde. Nur noch härtester Zwang könne helfen.

Der Artikel schließt bezeichnenderweise mit einem Hinweis auf die immer härter werdende Modifikation der Massen die der Regierung und dem nationalen Leben künftig größte Gefahren und innerpolitische Erschütterungen bringen müßte. Die Landwirtschaft, die von den bürgerlichen Parteien, insbesondere dem Zentrum, jahrzehntelang auf das nachdrücklichste gefördert worden ist, die gerade dieser wirtschaftlichen Agrarpolitik ihre Blüte verdankt, werde dann der Belastung ausgesetzt sein.

Der deutsch-mexikanische Bündnisvertrag vor dem Hauptauschuß des Reichstags.

Eine Erklärung des Staatssekretärs Zimmermann.

BR. Berlin, 5. März. Der Hauptauschuß des Reichstags legte heute seine am Samstag abgebrochenen Erörterungen über auswärtige Angelegenheiten fort.

Bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes ging ein sozialdemokratischer Abgeordneter auf die Instruktion an den deutschen Gesandten in Mexiko ein und machte Einwendungen gegenüber diesem Schritt geltend. Der Staatssekretär des auswärtigen Amtes gab eine längere Darstellung der mit der Instruktion verfolgten Absicht. Das wie uns für den Fall des Ausbruchs des Krieges mit Amerika nach Bundesgenossen umgehen hätten, sei ein natürlicher und berechtigter Vorgang. Er behaupte auch nicht, daß durch die amerikanische Veröffentlichung die Instruktion auch in Japan bekannt geworden sei.

Für die Beförderung der Instruktion sei der sicherste Weg gewählt worden, der zurzeit zur Verfügung stehe. Wie Amerika in den Besitz des Textes gekommen sei, der in einer ganz geheimen Chiffrierung nach Washington abgegangen ist, darüber fehle uns noch alle Kenntnis. Daß die Instruktion in amerikanische Hände gefallen sei, sei ein Mißgeschick, das nichts daran ändere, daß der Schritt aus vaterländischem Interesse notwendig war. Am wenigsten habe man gerade in Amerika das Recht, sich über unsere Akte aufzuregen. Zurecht wäre die Ansicht, daß der Schritt im Auslande besonders tiefen Eindruck gemacht habe. Er wird für das Aufgefaßt, was er ist: Als eine wichtige Akte für den Kriegszustand.

Von einem nationalliberalen Redner wurde betont, daß man in Amerika keinen Grund habe zu besonderer Entrüstung. Gerade der Präsident Wilson habe sich ja bemüht, alle Neutralen gegen uns aufzubringen. Ob nicht ein sicherer Weg zur Übermittlung der Instruktion hätte aufgefunden werden können, bleibt dahingestellt. Es könne dem Staatssekretär um so weniger ein Vorwurf gemacht werden, als man es stets beklagt habe, daß sich das Auswärtige Amt nicht genügend um Bündnisse für Deutschland bemüht habe.

Ein Redner der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft wendete sich gegen die ganze Aktion. Ihm trat ein Mitglied des Zentrums nachdrücklich entgegen. Ein Redner der Fortschrittlichen Volkspartei brachte Bedenken darüber vor, wie der Vorgang durch die Presse der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht worden sei. Unserm Reichstag sei eine Schuld beizumessen, davon möge man Abstand nehmen und warten, bis Graf Bernstorff auf deutschem Boden angekommen sei.

Ein konservativer Abgeordneter faßte seine Ansicht dahin zusammen, daß dem Staatssekretär kein Vorwurf zu machen sei und daß es vielmehr gebilligt werden müsse, daß er tatkräftig vorgegangen sei. In demselben Sinne äußerte sich ein Redner der deutschen Fraktion. Der Auschuß ging alsdann zur Besprechung von Einzelfragen über.

Gegen die geplante Besteuerung der städtischen Verkehrsmittel.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der er gegen die geplante Besteuerung der städtischen Verkehrsmittel Einspruch erhebt. Es heißt darin:

Während meist die Verkehrssteuer gleichmäßig alle Bewohner des Deutschen Reiches trifft, die aus geschäftlichen oder anderen Gründen Verkehrsmittel zwischen den einzelnen Ortschaften benutzen, stellt die Besteuerung der Straßenbahn und des Innenverkehrs überhaupt eine Vorbelastung der Bewohner der größeren Verkehrscentren dar. Die Bewohner der größeren Siedlungseinheiten sind genötigt, im regelmäßigen täglichen Leben die Straßenbahn immer wieder zu benutzen. Im Grunde ist die Unbilligkeit dieses Gedankens in der Verkehrssteuerordnung dadurch anerkannt, daß der Arbeiterverkehr und der Schülerverkehr von der Steuer freigestellt ist. Freilich bezieht sich diese Ausnahme auch und zwar herabzuleitend — auf den Verkehr solcher Arbeiterwohnungs-Gemeinden, die keine Siedlungseinheit mit der Arbeitsgemeinde bilden. Das Schwergewicht der Ausnahme wird gleichwohl für den Binnenverkehr in Erscheinung treten. Für diesen Binnenverkehr aber wird die Vorlast, weil sie nur die Form einer beschränkten Ausnahme hat, den wirklichen Verhältnissen in keiner Weise gerecht. Um nur Beispiele anzuführen, so ist die Benutzung der Straßenbahn durch die Frau, die in die Markthalle fährt oder ihrem Manne das Essen zur Arbeitsstätte bringt, genau in gleicher Weise ein unmittelbarer Vorgang des täglichen Lebens, wie die Benutzung der Arbeiterfahrarten oder der Schülerarten. Weiter trifft die Beschränkung auf die Arbeiter den Kern der Sache deshalb nicht, weil auch der Mittelstand, und nicht zuletzt der kleine Mittelstand, dessen finanzielle Verhältnisse durch den Krieg besonders stark verschlechtert sind, auf die regelmäßige Benutzung der Straßenbahn angewiesen ist. Der springende Punkt ist eben der, daß die Benutzung des Binnenverkehrs überhaupt keine Ortsveränderung darstellt, sondern nur einen Teilvergänger des Wohnens selbst innerhalb der Siedelung. Da, im Gegensatz zur Benutzung der Verkehrsmittel zwischen den einzelnen Siedlungen der Zwang zu regelmäßiger Benutzung von Binnenverkehrsmitteln nur die Bewohner der größeren Siedlungen trifft, ist in wirtschaftlichem Sinne die Einbeziehung des Binnenverkehrs in ein allgemeines Verkehrssteuergesetz nicht nur keine logische Notwendigkeit, sondern stellt dem Wesen nach eine besondere Steuer dar, die ausschließlich auf die Bewohner der größeren Gemeinden fällt.

Weiter wird in der Eingabe darauf hingewiesen, daß die Bestrebungen nach breiterer Wohnsiedlungsweise auf das schwerste gefährdet werden, wenn der Verkehr mit einer Steuer belastet würde. Ferner: würden die Bestrebungen des Straßenbahnverkehrs einen weiteren Auf der Bahn der Geldentwertung bedeuten, dessen Gefahr, weil es sich um einen unvermeidlichen Vorgang des täglichen Lebens in den größeren Siedlungen handelt, außer jedem Verhältnis zu dem möglichen Ertrage der neuen Steuer steht.

Zum Schluß hebt die Eingabe hervor, daß, soweit die Straßenbahnunternehmungen ihre Rechtsgrundlage in Verträgen mit Gemeinden haben, der § 5 des Gesetzes mitant den dazu gehörigen Bemerkungen in der Begründung einen Zustand schafft, der die Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden sehr empfindlich beeinträchtigt. Die durch diese Vorschriften einem Schiedsgericht übertragene Befugnis bedeutet nichts geringeres als die Aufhebung der gemeindlichen Vertragsrechte zu selbständiger Tarifs- und Verkehrs-politik.

Baden. Die Holznot.

Ueber dieses Thema ist schon so viel geschrieben worden, daß man annehmen sollte, die in Frage kommenden Instanzen hätten Gelegenheit genug gehabt, sich zu orientieren und entsprechende Maßnahmen zu treffen, wenn hier noch vor

Verwindung der kälteren Jahreszeit Remedur geschaffen werden soll. Leider ist dies bis jetzt nicht der Fall. Abgesehen von dem Kohlenmangel, den seine Ursache zum Teil in höherer Gewalt hat, besteht bekanntlich empfindlicher Mangel und unerhörte Teuerung in Bündel- und Anfeuerholz. Die Ursache dieser Teuerung ist folgende: Der Geschäftsmann, der sich mit der Herstellung und dem Vertrieb von Bündel- resp. Anfeuerholz befaßt, ist gezwungen, das Holz auf Versteigerungen zu erwerben. Bei diesen Versteigerungen fallen infolge des Holz- und Kohlemangels die Interessenten derart über das Holz her, daß in der letzten Zeit ohne Ursache ungläubliche Preise erzielt werden. Daran haben nur die Eigentümer der betreffenden Wälder Spaß, denn diese verdienen ohne das geringste Zutun infolge der Notlage der Bevölkerung, hauptsächlich der kleinen Leute, Ankommen. Mit Stolz verkünden in der letzten Zeit einzelne Gemeinden, daß die Holzversteigerung einen derartigen Ueberflutungs ergab, daß die Gemeinde in der Lage ist, für viele 1000 Mark Kriegsanleihe zu zeichnen. Eine andere Gemeinde läßt dies und jetzt sofort, um Kriegsanleihe zu zeichnen zu können, einen außerordentlichen größeren Holztrieb fest. Dies mag gewiß in patriotischem Interesse liegen, aber der Eingeweihte weiß, wer eigentlich dieses Geld zu diesen Zeichnungen aufbringt. Diese Tatsache sollte zum Nachdenken Anlaß geben.

Sie muß unverzüglich Abhilfe geschaffen werden, dem ebenogut wie es zur Zeit durchwegs unfaßlich und verboten ist, andere Waren, die eigentliche Artikel des täglichen Gebrauches sind, meistbietend zu versteigern, um höhere Preise zu erzielen, so müßte dies auch bei dem Artikel Holz der Fall sein. Was würde die Groß-Regierung dazu sagen, wenn beispielsweise ein Kaufmann herginge und sich seine Vorräte an Kohlen meistbietend versteigern, auch wenn er die Absicht hätte, den erzielten Mehrerlös bei der nächsten Kriegsanleihe zu zeichnen? Es ist doch feststehende Tatsache, daß viele Kriegsgewinne in Kriegsanleihe angelegt sind, ohne daß sie dadurch das ihnen anhaftende Anrecht verlieren. Es ist eine dringende Notwendigkeit, daß sofort eine Verordnung erlassen wird, wonach über die Dauer des Krieges Holz nur zu einem angemessenen, von dem Landespreisum festgesetzten Preise freihändig abgegeben wird. Es liegen fast in allen Wäldern zurzeit große geschlagene Holzmassen, weil die Eigentümer des Waldes, auf Grund der unerhörten Preise, die zu erzielen sind, sehr viel schlagen lassen, und diese Vorräte mit denen der ganzen Not abzulassen ist, kommen in den nächsten Tagen unter der Hammer, wenn nicht unverzüglich ein Verbot für Versteigerungen erlassen wird, wie es die jüngste Eingabe des Gewerkschaftskartells verlangt. Man handle ehe es zu spät ist.

Die Sommerzeit.

In einem halbamtlichen Artikel der „Karlsruher Ztg.“ wird darauf hingewiesen, daß die Einführung der Sommerzeit wiederum erfolgt, weil mit ihr im Vorjahre das Ziel, eine Ersparnis an den für Beleuchtungs Zwecke verfügbaren Rohstoffen und Erzeugnissen herbeizuführen, erreicht wurde. In fast allen städtischen und industriellen Bezirken des Reiches wurde ein starker Rückgang an Gas- und Elektrizitätsverbrauch beobachtet. Angesichts der Notwendigkeit, im Hinblick auf die Anforderungen der Rüstungsindustrie, auf die Transportchwierigkeiten und die politische Notwendigkeit der Verjüngung des neutralen Auslands an Kohlen zu sparen, wo es möglich ist, mußte gegenüber diesem Interesse zurückgetreten. Wenn in Baden die Sommerzeit so große Unzufriedenheit ausgelöst hat, so liegt dies hauptsächlich daran, daß hier die Verhältnisse deshalb besonders ungünstig sind, weil infolge der geographischen Lage des Landes hier während der Sommerzeit die Uhr der Sonne um nahezu 1 1/2 Stunden voraussetzt, während dies in der Mitte des Reiches nur um 1 Stunde, in seinen östlichen Teilen gar nur um 1/2 Stunde der Fall ist. Die ganze Angelegenheit kann aber nicht vom Interesse nur eines Bundeslandes aus beurteilt werden. Es liegt hier einer der Fälle vor, in denen ein Glied des Reiches größere Unbequemlichkeiten auf sich nehmen muß als andere, weil das Wohl des großen Ganzen dies verlangt. Das Ministerium des Innern wird sich mit den übrigen Ministerien ins Benehmen setzen, um zu prüfen, inwieweit durch geeignete Maßnahmen dafür gesorgt werden kann, daß die unangenehmen Folgeerscheinungen der Sommerzeit für die Landorte und ihre Bevölkerung nach Möglichkeit gemildert werden.

Leopoldshafen, 5. März. Vaterländische Versammlung. Die am gestrigen Sonntag in der hiesigen Kirche veranstaltete, überaus zahlreich besuchte vaterländische Feier nahm einen sehr erhebenden Verlauf. Nach warmer Begrüßung der Erschienenen durch Herrn Bürgermeister Heberle entwarf Herr Pfarrer Schmidt ein eindrucksvolles Bild von der Kriegslage, die uns mit bester Zuversicht erfüllen dürfe. Die Zeit verlange feste Willenskraft, vertrauensvolles Aussehen und unermüdete Arbeit. — Der Vorstand sprach Herr Bezirksrat Hecht aus Karlsruhe über die Bedeutung der Kriegsanleihen und die außer allem Zweifel auch in der Landwirtschaft vorhandene Kraft, der bevorstehenden neuen Anleihe einen großen Erfolg zu sichern. Jede deutschen Kapitalisten, des Großkapitalisten wie des kleinen Sparers, sei es nun, die wieder dargebotene günstige Anlage zu benutzen, womit er ebenso seinem eigenen Interesse wie zugleich dem Vaterlande diene. — Der Abend wurde noch verklärt durch treffliche Lichtbilder von den Kriegshauptplätzen, die von Herrn Oberlehrer Walch vorgeführt wurden und lebhaftes Interesse fanden; ebenso gefielen die wirkungsvollen Beiträge von Gedichten und Chören durch die Schuljugend unter Leitung des Herrn Oberlehrer Bolmer. Die Opfer Spenden ergaben einen ansehnlichen Betrag, der zu einem „Ostergruß“ für die Einberufenen der Gemeinde Verwendung findet.

Offenburg, 5. März. Sozialdem. Verein. Morgen Mittwoch abend punkt 8 Uhr findet im „Bähringer Hof“ (Lebenszimmer) eine Mitgliederversammlung mit Vortrag des Landtagsabgeordneten Adolf Ged. „Der Krieg und seine Einwirkung auf die Partei“ statt. Mit Rücksicht auf das interessante Thema wird erwartet, daß die Mitglieder vollständig und pünktlich erscheinen.

Billingen, 6. März. Durch Feuer wurde das Wohnhaus des Baumernschmieds Kieteneger im Innern völlig zerstört. Auch die Nachbargebäude haben durch das Feuer schwer gelitten.

Freiburg, 5. März. Die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine, denen auch der Badische Bauernverein (Sitz in

Freiburg) angehört, hat in Berlin eine dauernde Geschäftsstelle errichtet. — Nach einer Zusammenstellung des Gemeindefinanzamtes von den in den Kriegsjahren 1915 und 1916 2622 Kriegsgärten abgegeben mit einem Flächenmaß von 5428,96 Ar. Ferner wurden für die Volksgärten 53 Ar und als Schrebergärten 3346,50 Ar mit Gemüse bebaut. Der Ertragswert der gesamten 8828,76 Ar betrug 441 450 M.

Basel, 5. März. In Basel fand, wie die Schweizerische Depeschengenerale meldet, eine Besprechung der schweizerischen Behörden über die Wiederaufnahme der Rheinschiffahrt statt. Die Besprechung ergab eine vollständige Uebereinstimmung der beteiligten Behörden in Bezug auf die notwendigen Maßnahmen, sobald die Eröffnung des Schiffsverkehrs auf dem Rhein mit dem Eintritt eines besseren Wasserstandes erfolgen kann.

Konstanz, 4. März. Das Lebensmittelgeschäft der Stadt ist in ungeahnter Weise gewachsen und es hat sich allmählich auch auf Verbrauchsmittel anderer Art, wie z. B. Petroleum, Brennholz, Leder, Futtermittel, neuerdings auch auf Bauholz, ausgedehnt. Der Wert des Vorrats an Verbrauchsmitteln betrug Ende 1915 160 000 Mark und Ende 1916 202 310 M. Die Ausgaben beliefen sich auf 2 634 026 M. Besondere Schwierigkeiten machte die Milchbeschaffung. Der größere Teil der Milch wird aus der Schweiz bezogen. Seit Juni 1916 hat die Stadt auch das gesamte Großviehgeschäft auf Grund gesetzlicher Vorschriften auf sich nehmen müssen. Der Umsatz beträgt über 50 000 M. im Monat. Ein großer Teil der von der Stadt bezogenen Waren wird durch den Einkaufsverein der Kolonialwarenhandler unmittelbar den hiesigen Ladengeschäften zugeführt. Die Verluste der Stadt bei dem Lebensmittelgeschäft sind nicht allzu hoch.

Langenhardt bei Wehrich, 5. März. Durch die großen Einnahmen aus dem Waldbesitz ist unsere Gemeinde in der Lage, eine ganz beträchtliche Ermäßigung der Gemeindeumlage eintreten zu lassen und zwar wird diese von 32 Pfa. auf 12 Pfa. herabgesetzt. Die Gesamtausgaben der Gemeinde betragen der Voranschlag auf 12 765 M.; davon werden 11 879 M. durch Einnahmen gedeckt.

Schwetzingen, 5. März. Da von den 82 Mitgliedern des Bürgerausschusses 25 unter den Fahnen stehen, nahm gestern der Bürgerausschuß Ergänzungswahlen vor. Gewählt wurden 2 Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei, 8 der Freien Bürgervereinigung, 3 Nationalliberale, 10 Sozialdemokraten und 2 Mitglieder des Zentrums.

Heidelberg, 5. März. Wie der Heidelberger Adressbuch berichtet, waren es mit Ausnahme eines einzigen Taunettertagers gestern 10 Wochen, daß auf unseren Bergen ununterbrochen Schnee, Eis und Frost geherrscht hat. In Norddeutschland ist erneut eine Kälteperiode eingetreten, die sich bis zu 16 Grad unter Null verdrückt.

Heidelberg, 6. März. Die Strafkammer verurteilte den bei vorbestrafter Schloßer Heinrich Nig aus Mannheim wegen mehrfacher Betrügereien, wobei sich Nig als Kriegsinvalid ausgab und das Eisenkreuz-Band trug, zu drei Jahren Zuchthaus und 400 M. Geldstrafe.

Mannheim, 6. März. Aus dem Nachruf wurde das 73jährige Schicksal der Familie Schinger gefeiert. Ob der Knabe das Opfer eines Verdrachens geworden ist, oder ob ein Unfall vorliegt, muß die Untersuchung ergeben. — Im Stadteil Freienheim wurde die 19jährige Kontoristin Jodel, als sie aus einem Straßenbahnwagen ausstieg, von einem Vorkasch erfaßt und so schwer verletzt, daß sie kurze Zeit darauf starb. — Die Strafkammer zweibrücken verurteilte den Milchhändler Fricke wegen fortgesetzter Milchfälschung zu 500 M. Geldstrafe und 2 Monaten Gefängnis.

Mannheim, 3. März. Der Bürgerausschuß befaßte sich in seiner letzten Sitzung mit der Änderung des Dienstvertrages mit dem Hofkammerintendanten Dr. Sagemann. Nach dem Antrag des Stadtrats soll das Jahresgehalt des Intendanten 20 000 M. betragen und jährlich um 1000 M. steigen. Diese Gehaltsfestsetzung wurde vom Bürgerausschuß auch mit großer Mehrheit genehmigt ebenso mit 57 gegen 37 Stimmen die Pensionierungsberechtigung, dagegen wurde die Vertragsauflösung mit 60 gegen 33 Stimmen abgelehnt, wonach Dr. Sagemann nach Ablauf des neuen Vertrags im Jahre 1922 ein Wartegeld von jährlich 8000 M. erhält, und zwar mindestens auf die Dauer von drei Jahren, wenn die Stadt das Vertragsverhältnis nicht erneuert. — Ferner beschloß der Bürgerausschuß die Erweiterung des Kinderheims in Käferthal und bewilligte hierfür den Betrag von 63 000 M. und die Bewährung von Feuerzusulagen an unabhängige städtische Arbeiter. Endlich nahm der Bürgerausschuß noch eine Stadtratsvorlage an über die Errichtung eines städtischen Milchzuges auf der Freienheimer Höhe mit 1250 Morgen, außerdem soll zwischen Waldhof und Käferthal 1000 Morgen Feldland in Kultur genommen werden. Es wurde hierfür ein einmaliger Aufwand von 927 000 M. bewilligt, davon 800 000 M. zur Anschaffung von Milchvieh.

Zur Frage der Lebensmittelverderbnis. Immer wieder tauchen Gerüchte über in größerer Menge verdorbene Lebensmittel auf, wie sie bei den Kommunalverordnungen, in Mäulen usw. lagern. Seit durchweg handelt es sich dabei, wie sich bei Untersuchung einzelner Fälle herausgestellt hat, um Ueberreife. Reochend will aber jetzt das Kriegsernährungsamt eine größere Zahl Sachverständiger aufstellen, die sich dann im Auftrag des Kriegsernährungsamtes nach den verschiedenen Plätzen begeben und die Lagerung von Getreide, Mehl, Kartoffeln, Gemüse, Mäulen, Fleisch und Gemüselieferanten in Augenschein nehmen. Diese Sachverständigen, die über ihre Beobachtungen lediglich eine gutachtliche Mitteilung zu geben haben, sollen zugleich auch prüfen, ob die geschädigten und sonstigen Vorkäufen durch die Mäulen, Lagerhallen usw. eingestrichen werden.

Kälte und Schneefall. Während in Ost-, Nord- und Mitteldeutschland strenge Kälte aufgetreten ist, kam es in Süddeutschland am Montag zu lebhaften Schneefällen. Solche werden gemeldet aus der Rheinebene, aus Mülhausen i. E. und aus Wehr. Wie aus Raon berichtet wird, schneite es an Teilen der Westfront bei 1 Grad Kälte. Die niedrigen Temperaturen meldeten am Montag Danzig mit 14 Grad, Warschau mit 17 Grad, Memel und Riga mit 19 Grad und Koblenz mit 21 Grad.

Feuerwehr und Feuerangriff. Der Präsident des badischen Landesfeuerwehrverbandes, Alois Müller-Säckingen, hat an die Feuerwehren einen Aufruf erlassen, wonach im Hinblick auf die Gefahren der Feuerbezüge jede Feuerwehr die Pflicht hat, sofort die Feuerlösch- und Rettungsgeräte zu prüfen und instand zu halten, damit man im Ernstfalle gerüstet ist. Auf den Schutz der Rohmaterialien vor Feuergefahr wird in dem Aufruf besonders hingewiesen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 6. März.

Vom Warten.

Die Frauen haben es gründlich gelernt, das Warten; ein ganzes langes Jahr schon und noch länger, tagtäglich, in Hitze und Kälte, im strömenden Regen und wie oft vor Tagesgrauen! In Reich und Glied sind sie gestanden, eine lange Menschenkette, im wirren Knäuel haben sie sich geballt, unter Scherzen und Anklagen und mit unendlicher Geduld. Die Zeit verrann so ähnenhaft beim Warten, die Minuten reiheten sich zu Viertelstunden, und erst nach Stunden konnten sie erleichtert aufatmen. Sie eilten nächstern aus dem Hause, sie liefen weg vom Kochherd, weg vom Spülisch und vom Tisch. Und nur der Gedanke hielt alle aufrecht beim Warten: etwas für den Hunger zu bekommen.

Die Zeit des Wartens ist noch nicht vorüber. Es gibt noch genug Gelegenheit, Geduldspriber zu bestehen. Die grümmige Kälte hat ebenso dazu beigetragen, eine neue Wartezeit einzuleiten, damit unsere Frauen nicht aus der Gemütsruhe kommen. Sie warten so ausdauernd auf Koks und Kohlen, wie einmal auf Kartoffeln, Butter und Eier. Sie haben das Warten gelernt und manches dazu. Als wäre es ihnen angeboren, so ist es ihnen in Fleisch und Blut übergegangen, es gehört zu ihrem täglichen Leben.

Und diese Frauen warten noch auf ihre Männer, auf ihre Söhne und Brüder. Die große Zeit des Wartens ist noch nicht vorüber. Sie sammeln ihre ganze Kraft im Warten und wissen nicht viel von dem „Warum“. Sie wissen nur, daß sie müssen, weil nicht um ihrer selbst willen. Und diese große Wartezeit der Sehnsucht nach Frieden wird ausgefüllt von soviel Kleinlichkeit, von so vielen demütigen Warten um ein Weniges, das zum Leben nötig ist. Sie verstehen nichts von dem großen Heldentum der Männer, von ihren weltlichen Taten und Erfolgen, sie sind stets im engen Kreise gebunden und ihr Heldentum und ihr Glaube, ihre Ausdauer und ihre Pflicht geht auf in den Nöten des Tages.

Todesfall. Nach kurzer Krankheit ist hier Oberlandesgerichtsrat Leopold Rodel gestorben. Der Entschlafene erreichte ein Alter von 58 Jahren; er stammte aus Hamburg und war im Jahre 1884 in den badiischen Staatsdienst eingetreten. Er war längere Jahre Amtsrichter und Oberamtsrichter in Mannheim und seit 1898 in Karlsruhe, zuerst als Landgerichtsrat und seit 1910 als Oberlandesgerichtsrat.

Bestattung. Im Krematorium auf dem städtischen Friedhof wurde gestern abend die Bestattung des Leiche von Hermine Billinger vorgenommen. Die Leidtragenden bestanden hauptsächlich aus der Gemeinde der persönlichen Freunde und Freundinnen und der ihrer Werke. Als Vertreter der Großherzogin Luise war Geh. Hofrat Drehler, für die Stadt Karlsruhe Oberbürgermeister Siegrist, die Stadträte Dr. Binz und Kämpfe erschienen. Die kirchlichen Handlungen nahm Stadtpfarrer Heselbacher vor. Nach der Einsegnung der Leiche sank der Sarg unter Klängen des Harmoniums in die Tiefe.

Für den vaterländischen Hilfsdienst werden männliche und weibliche Personen verschiedener Berufe gesucht. Wir betreiben auf die Bekanntmachungen im Anzeigenteil.

Von der Verwaltung der Hindenburgspende wird uns geschrieben: Es werden, wie uns bekannt geworden ist, in vielen Gegenden, besonders auf dem Lande, Gerüchte verbreitet, nach denen in verschiedenen Fällen Hindenburgspenden, welche von den Landwirten zu billigen Preisen abgegeben worden seien, zu außerordentlich höheren Preisen abzugeben worden seien — es wird von 7—10 M für das Pfund gesprochen — an die Industriearbeiter abgegeben worden seien. Wenn eine solche ungeheure Verteuerung stattfinde, könne keinem Landwirt mehr zugemutet werden, freiwillig etwas für die Hindenburgspende abzugeben. Wie mehrfach festgestellt werden konnte, sind die Gerüchte dadurch veranlaßt worden, daß in Fabriken durch die Kantinen usw. Eiporen zu außerordentlich hohen Preisen, in vielen Fällen tatsächlich zu 7—10 M für das Pfund, an die Industriearbeiter verkauft worden sind. Es ist erklärlich, daß die Leute, wenn sie von diesen hohen Preisen hören, annehmen, daß es sich um aus der Hindenburgspende herrührende Waren handele. Tatsächlich handelte es sich aber nicht um Hindenburgspenden, sondern um Waren, die auf unzulässigen Wege — durch Schummel und Scheinhandel — erworben und zu Wucherpreisen den Industriearbeitern angeboten wurden. Hindenburgspenden konnten schon deshalb nicht in Betracht kommen, weil für sie angemessene Abgabepreise durch die Verwaltungsbehörden festgesetzt worden sind und streng kontrolliert wird, daß sie nicht überschritten werden. Natürgemäß sind die festgesetzten Abgabepreise meist etwas höher als die Preise, die den Landwirten gezahlt worden sind, da die durch den Transport usw. entstehenden Unkosten hinzugerechnet und die Preise für alle Waren gleichmäßig festgesetzt werden müssen, um Mißbilligungen unter den Arbeitern zu vermeiden. Keinesfalls können aber die Preise für die Hindenburgspenden die Höhe von 7—10 M erreichen. Es kann sich stets nur um geringe Preisveränderungen handeln.

Ebenso ungerecht ist das immer noch besonders in ländlichen Kreisen gehegte Mißtrauen, daß die Spenden tatsächlich nicht immer in die richtigen Hände, die der Rüstungsarbeiter, gelangen. Es kann nur immer wieder betont werden, daß auch die Verteilung der Spenden, wie überhaupt die ganze Verwaltung der Hindenburgspenden, in der Hand der Verwaltungsbehörden liegt, welche streng darüber wachen, daß keinerlei Unregelmäßigkeiten vorkommen und die Verteilung der Spenden in gleichmäßiger, sachgemäßer und einwandfreier Weise erfolgt.

Verhaftung von Korkholz. Der „Staatsanzeiger“ enthält eine Bekanntmachung über die Verhaftung und Verhaftung von Korkholz, Korkabfällen und den daraus hergestellten Galls- und Fertigfabrikaten. Für die Verhaftung dieser Gegenstände ist der am 1. März tatsächlich vorhandene Bestand an meldepflichtigen Gegenständen maßgebend. Die Meldungen sind an die Kriegswirtschafts-Mittelverteilung, Berlin R. 50, Mühlendamm 1, postfach mit der Aufschrift „Bestandsmeldung von Korkholz“ usw. bis zum 10. März zu senden.

Das städtische Grundbuchamt hatte im Jahre 1916 trotz des kleinen Rückgangs gegenüber dem Jahre 1915 einen ganz beträchtlichen Geschäftserfolg aufzuweisen. So wurden u. a. von dem Grundbuchbeamten 160 Protokolle aufgenommen und 311 Unterschriften beglaubigt; von den Sekretariaten wurden 1477 Unterschriften beglaubigt und 63 Urkunden entworfen. An Bescheiden und Privat wurden 1800 Grundbucheinträge erteilt, 446 Eigentumsübertragungen, 137 Verfügungsbeschränkungen, 187 Hypothekensicherungen und 237 sonstige Hypothekenveränderungen, 89 Eintragungsvermerklungen, 961 Feuerversicherungsanträge wurden zum Grundbuch eingetragen, 26 Hypotheken- und Grundschuldfreife, 43 Hypothekeneinträge, 751 Zeugnisse über den Inhalt des Grundbuchs und 382 Abschriften mit insgesamt 1800 Seiten wurden erteilt. 30 Anträge wurden durch Zwischenerfügungen, elf durch Zurückverweisung erledigt; 29 Anträge wurden zurückgenommen. Wenn auch die Gesamtzahl der Grundbucheinträge gegenüber dem Vorjahr etwas zugenommen haben, so ist doch diesmal wieder ein erheblicher Rückgang zwischen den Entnahmen und Grundbucheinträgen und dem anrechnungsfähigen Aufwand entstanden. Dieser Rückgang befaßt sich auf 41 074 M. gegen 34 167 M. im Jahre 1915. Von den 24 Beamten des Grundbuchamts stehen zurzeit 12 Beamte im Militärdienst, 9 davon im Feld; 4 Beamte sind mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse, zwei Beamte mit der Bad. Verdienstmedaille ausgezeichnet worden.

Die Bauarbeiten in der Stadt Karlsruhe blieben auch im Jahre 1916 auf ein geringes Maß beschränkt. Es wurden im ganzen nach einer Mitteilung des städtischen städtischen Amtes 75 Bauten erteilt. Unter diesen Neubauten befinden sich allerdings in der Hauptsache große Gebäude, so daß verhältnismäßig viele Leute im Bauhandwerk beschäftigt waren.

Das städtische Hypotheken-Einigungsamt, das zuerst dem Wirtschaftsamt angegliedert war, seit November 1916 aber aus Zweckmäßigkeitsgründen dem Grundbuchamt Dr. Ammann über-

tragen wurde, wurde in den beiden letzten Monaten des Jahres 1916 nur in vier Fällen zur Vermittlung angerufen, 2 Fälle wurden durch Vergleich, 2 durch Erstattung von Gutachten erledigt.

Der Liegenschaftsumsatz in der Stadt Karlsruhe hat nach einem Ausweis des Grundbuchamts im Jahre 1916 gegenüber dem Vorjahr um etwa 2 Millionen zugenommen; er belief sich auf nahezu 12 Millionen. Im Vorbezug steht der erbbaufällige Eigentumsübergang mit 5,39 Millionen. Der Wert der Kauf- und Kaufgeschäfte betrug über 4 Millionen, davon entfallen auf Hauskäufe rund 2,9 Millionen, auf Baupläne nur rund 0,7 Millionen. Gemeinschaftsaufkäufe wurden im Jahre 1916 über Grundstücke im Wert von rund 0,5 Millionen vorgenommen, die zwangsversteigerten Grundstücke stellen einen Wert von über einer Million dar. Am meisten beteiligt an der Liegenschaftsbewegung waren die weltlichen Stadteile.

Im Jahre 1916 wurden im Gebiet der Stadt Karlsruhe 50 Zwangsversteigerungen und 37 Zwangsverwaltungen von Grundstücken eingeleitet. Versteigert wurden 23 Grundstücke. Der Erlöspreis belief sich hinter dem Schätzungspreis im ganzen um 884 147 M. zurück. In einem Fall wurde ein Weizenfeld von 2000 M. erzielt, der aber nicht zur Deckung der eingetragenen Hypotheken ausreichte. Von den betreibenden Gläubigern waren 14 Privatpersonen, 9 öffentliche Ämter.

Hoftheater. Im Schauspiel werden im Laufe der nächsten Zeit folgende Stücke aufgeführt: „John Gabriel Borkman“, seit zehn Jahren hier nicht mehr gegeben, in vollständiger Neufassung mit Herrn Barchin in der Titelrolle. Zum erstenmal: „Die verlorene Tochter“, Lustspiel von Ludwig Fulda. Ebenfalls zum erstenmal: „Ostern“ von Strindberg, ein Pantomime in 3 Akten. In der zweiten Hälfte des April soll dann die bereits angekündigte Aufführung „Gemma“ von Fabricius stattfinden.

Ein Teil des Schauspielpersonals des Gr. Hoftheaters wird nächste Woche unter Leitung des Hofkapellmeisters Baumhach eine Gipspielreise nach der Ostfront antreten, um in Cholm, Nowel, Adorn, Biela und Breit-Litowsk einige kleinere Stücke zur Aufführung zu bringen.

Abchiedskonzert der Leib-Orchesterskapelle. Im städtischen Konzerthaus verabschiedete sich am Sonntag nachmittag in einem schon verlaufenen Konzert die Leib-Orchesterskapelle von dem hiesigen Publikum. Unter Obermusikmeister Bernhagen konnte die Kapelle nochmals ihre große Leistungsfähigkeit beweisen. Sie eröffnete ihr Programm mit dem Einzugsmarsch der Götter auf der Warburg, spielte sodann die Marmonten-Ouvertüre von Schubert, die Schlußmusik aus dem 2. Akt von „Lohengrin“, Stücke aus Puccinis „Madame Butterfly“, die Orchester suite aus Griegs „Peer Gynt“ und schließlich einiges aus den „Meisterliedern“. Alle diese Darbietungen wurden mit starkem Beifall aufgenommen, für den die Kapelle durch zwei Zugaben dankte.

Erdfrucht-Vortrag. Zu dem Hausfrauenabend, an dem den Frauen von Karlsruhe die Verwendung von Erdfrüchten praktisch vorgeführt wurde, hatte sich eine so große Menge Frauen aller Stände eingefunden, daß viele nicht mehr eingelassen werden konnten. Dieser große Andrang hat wohl am besten gezeigt, wie notwendig diese Veranstaltung war, in einer Zeit, in der es gilt, sich mit den knappen Lebensmitteln zu versehen und das Vorhandene durch besondere Sorgfalt nachhaft, schmackhaft und abwechslungsreich zu machen. Auf dieseigen Wunsch werden deshalb die gleichen Gerichte noch einmal gelehrt und am Donnerstag, 8. März, von 4—7 Uhr im Rathausaal ausgestellt und als Kostproben verteilt.

Schlacht im Schuppen. Zur Anzeige gelangte ein hier wohnhafter Schuhmachermeister, weil er in letzter Zeit zwei Schweine in einem Schuppen ohne Genehmigung abgeschlachtet ließ. Bei der vorgenommenen Durchsichtigung fanden sich größere Mengen Fleisch- und Würstchen, sowie Schmeinfett vor. Auch war er im Besitz einer Riste mit circa 70 Pfund Mehl.

Wegen unerlaubten Verkehrs mit Kriegsgefangenen wurden mehrere hier beschäftigte Fabrikarbeiterinnen angezeigt.

Letzte Nachrichten.

Ein Beschluß des Nationalrats der französischen sozialistischen Partei.

Paris, 5. März. (Nicht amtlich.) Meldung der Agence Havas. Der Nationalrat der sozialistischen Partei nahm mit 1649 gegen 1389 Stimmen bei 34 Stimmenthaltungen einen Antrag an, der die Tagesordnung der Konferenz der alliierten Länder ohne Veränderung annimmt. Ein Antrag der Minderheit schlug vor, eine Veränderung dahin vorzunehmen, daß die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen empfohlen werde. Von der russischen sozialistischen Partei wurde ein Schriftstück zu Gunsten sofortiger Wiederaufnahme der Beziehungen verlesen. Der Vorschlag wurde namentlich von Brade bekämpft, der erklärte, wenn eine solche Abänderung vorgenommen würde, würden sich die englischen Sozialisten weigern, an der Konferenz teilzunehmen. In einer Nachprüfung nahm der Nationalrat den Vorschlag des Professors an der Genfer Universität, Michaud, an, den Ausführlichen Ausschuss des internationalen Sozialistenbüros zu beauftragen, alle Abteilungen bei den Kriegführenden und Neutralen aufzufordern, Berichte über ihre Tätigkeit vor dem Krieg und während des Krieges, sowie hinsichtlich der Wirtschaft Wilsons einzuwickeln.

Tumult auf dem Kongreß.

Paris, 5. März. Wie Yponer Blätter melden, kam es kurz vor Schluß der Sitzung des Nationalrats der französischen sozialistischen Partei zu heftigen Lärmereien. Die Ordnung in der Debatte hörte mehr und mehr auf. Dies benutzte eine große Anzahl junger Leute, die sich Einlass in den Sitzungssaal erzwangen hatten, die Sitzung zu unterbrechen. Fensterstöße wurden eingeschlagen. Der Tumult war derart, daß die Delegierten den Saal verlassen mußten.

Ein englischer Dampfer gesunken.

Rotterdam, 5. März. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erzählt aus Batavia, daß nach einem Bericht aus Medan der englische Dampfer „Perseus“ (6728 BRT.), der sich auf dem Wege nach Deli befand, in der Nähe von Colombo gesunken ist.

Zur schwedischen Ministerkrise.

Stockholm, 6. März. (Ebenfalls Telegramm Byran.) Sämtliche Mitglieder der Regierung haben, wie bereits kurz gemeldet, vorgestern ihr Rücktrittsgesuch eingereicht. Bei Behandlung dieses Gesuches im gestrigen Ministerrat sagte der König: Ich verstehe die Schwierigkeiten, die das Rücktrittsgesuch veranlaßt haben. Ich habe in diesem volles Vertrauen zu meinen gegenwärtigen Ministern, die mit den außerordentlichen, durch den Weltkrieg geschaffenen Verhält-

nissen wohlvertraut sind. Ein Regierungswechsel unter den jetzigen Umständen würde nicht nur bedeutende Schwierigkeiten mit sich bringen, sondern könnte auch so aufgefaßt oder gedeutet werden, als sei er vorbedeutend für eine Abweichung in der einen oder der anderen Richtung von der bisher konsequent durchgeführten unparteiischen Neutralitätspolitik, an deren Festhalten ich fest entschlossen bin. Aus diesem Grunde glaube ich mit Rücksicht auf die Verantwortlichkeit meiner Stellung in Ihr gegenwärtiges Gesuch gegenwärtig nicht einwilligen zu dürfen. Ich bitte Sie statt dessen aufs eindringlichste, alle Anstrengungen zu machen, um einen Ausweg aus den Schwierigkeiten zu finden, die Ihren Abgang veranlaßt haben. Ich fordere Sie deshalb auf, in Ihren Ministern, die ich Ihnen anvertraut habe, zu bleiben in der Hoffnung, daß ein solcher Ausweg zu finden sein wird. — Die Mitglieder des Ministerrats erklärten darauf, daß sie unter Festhaltung ihres Rücktrittsgesuches sich der weiteren Verwirklichung ihrer Memten nicht entziehen wollten in der Erwartung, daß die vom König ausgesprochene Hoffnung in Erfüllung gehen werde.

Verantwortlich für Politik, Kriegsangelegenheiten und Letzt: Wilhelm Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Bekanntmachung.

Die öffentliche Ziehung der im Jahre 1917 planmäßig heimzugahlenden Schuldverschreibungen der städtischen Anleihen von 1886, 1889, 1896, 1897, 1900, 1902, 1903 und 1907 findet **Wittwoch, den 14. März 1917, vormittags 9 Uhr** im großen Rathhauseaal statt. 734

Karlsruhe, den 5. März 1916.

Der Stadtrat.

Freiwillige Meldung Hilfsdienstpflichtiger für den Dienst in der freiwilligen Krankenpflege.

1. Die freiwillige Krankenpflege umfaßt die Unterstützung des staatlichen Sanitätsdienstes in der eigentlichen Krankenpflege, in der Krankenbeförderung und bei der Depotverwaltung. An der Spitze stehen der Kaiserliche Kommissar und Militär-Inspekteur sowie der stellvertretende Militär-Inspekteur der freiwilligen Krankenpflege.

Die freiwillige Krankenpflege wird dem Heeres-Sanitätsdienst eingefügt und von den Militärbehörden verwendet.

2. Meldungen Hilfsdienstpflichtiger, die nicht wehrpflichtig sind, müssen schriftlich bis zum 14. März an den **Bad. Landesverein vom Roten Kreuz, Karlsruhe, Stephaniestraße 74**, behufs Vorlage an den Herrn Territorialdelegierten der freiwilligen Krankenpflege gerichtet werden.

In den Meldungen ist anzugeben, ob Hilfsdienstpflichtige bereit sind:

- a) für den Etappendienst,
- b) für den Heimatdienst oder
- c) für den Etappen- und Heimatdienst und
- d) für welche Zeit.

Verpflichtung auf Kriegsdauer ermüdet; Meldungen für weniger als sechsmonatige Dauer bleiben unberücksichtigt.

3. Tätigkeit Hilfsdienstpflichtiger in der freiwilligen Krankenpflege kann nur durch Eingliederung in diese Organisation, nach vorausgegangener ärztlicher Untersuchung ermöglicht werden.

Schlecht beleumundete Personen haben keine Aussicht auf Annahme. Wehrbringung von Leumundszeugnissen bei der Meldung wird empfohlen.

4. Die in land- und forstwirtschaftlichen sowie in Kriegswirtschaftsbetrieben bereits tätigen Hilfsdienstpflichtigen können nicht angenommen werden.

Es kommen in Frage:

- 1. Pfleger, Träger, Schreiber, Kaufleute, Köche und solche Personen, die sich, soweit erforderlich, für einen dieser Zweige für die freiwillige Krankenpflege ausbilden lassen wollen; Kosten entstehen diesen Personen dadurch nicht.

A) In der Etappe.

Vom Tage der Annahme durch den Territorialdelegierten zwecks Eingliederung in die freiwillige Krankenpflege, also auch während der Ausbildungszeit, die nach der Dienstvorschrift für die freiwillige Krankenpflege zuständige Wohnung, die etwa derjenigen der verschiedenen Dienstgrade des Unteroffiziers und Mannschafthandes entspricht (23,40 M bis 63 M monatlich); außerdem freie Bekleidung und Ausrüstung, freie Verpflegung und Unterkunft oder die Geldvergütung für diese nach den bestehenden Bestimmungen, freie ärztliche Behandlung, Arznei- und Heilmittel, freie Wäschereinigung, Verpflegung nach dem Mannschaftsverpflegungsgesetz, Marschgebühren bei der Einberufung und Entlassung, Familienunterstützung nach Maßgabe der reichsgesetzlichen Bestimmungen, freie Eisenbahnfahrt bei genehmigten Urlaubsreisen, unter Fortbezug der Gehaltsanteile, Schulgeldbeiträge.

Die scheinbar geringe Löhnung eines Krankenpflegers erzählt durch die vorangegangenen weiteren Gebühren eine sehr wesentliche Erhöhung, jedoch das Gesamteinkommen, wenn überhaupt, so doch nur unwesentlich hinter dem der übrigen Hilfsdienstpflichtigen zurückbleibt.

B) In der Heimat.

Annähernd die gleichen Gehaltsanteile, wie in der Etappe, mit Ausnahme der Verpflegung auf Grund des Mannschaftsverpflegungsgesetzes und der Marschgebühren sowie der Schulgeldbeiträge.

6. Beförderungsmöglichkeiten bis zum Zugführer — etwa Vizefeldwebel entsprechend — vorhanden.

7. Hilfsdienstpflichtige, die sich während der Ausbildung als ungeeignet erweisen, werden baldigt entlassen.

Bei Heberweisung zur Beschäftigung oder Ausbildung in der Heimat wird auf Lebensalter, Familienverhältnisse, Wohnort usw. nach Möglichkeit Rücksicht genommen.

8. Die Meldung der Hilfsdienstpflichtigen zieht zunächst nicht ohne weiteres Annahme und Eingliederung in die freiwillige Krankenpflege nach sich. Als angenommen gilt eine Person erst dann, wenn ihr der Territorialdelegierte eine Einberufungsmittelteilung hat zugehen lassen.

9. Die Ausbildung kann in etwa 4—6 Wochen beginnen, jedoch dem einzelnen genügend Zeit zur Regelung seiner häuslichen Verhältnisse bleibt.

Kriegsamtstelle Karlsruhe.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Aufforderung des Kriegsamt zur freiwilligen Meldung gemäß § 7 Abs. 2 des Gesetzes für den vaterländischen Hilfsdienst.

Hierzu gibt die Kriegsamtstelle Karlsruhe folgendes bekannt:

Zwecks Förderung der Seefahrt werden alle männlichen Deutschen zwischen dem 17. und 60. Lebensjahre, soweit sie nicht kriegsverwendungsfähig oder garnison- oder arbeitsverwendungsfähig sind, und die in irgend einer Eigenschaft zur See gefahren haben, aufgefordert, ihre Dienste zur Verfügung zu stellen.

Meldungen sind schriftlich unter Angabe von Namen, Wohnort und Wohnung zu richten an die

Zentralstelle für Schiffsmanuskripten, Hamburg
Wölfedamm 14 I.

Die sich Meldenden erhalten von dort aus einen Fragebogen zugesandt, nach dessen Ausfüllung und Rücksendung sie die weiteren Mitteilungen der Zentralstelle ruhig abzuwarten haben. Die bisherige Berufstätigkeit dürfen sie nicht aufgeben, bevor nicht ihre Einberufung erfolgt ist.

Kriegsamtstelle Karlsruhe.

Nr. 3590. Karlsruhe, den 28. 2. 1917.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Hilfsdienstpflichtige werden zur Verwendung bei Militärbehörden und Zivilverwaltungen im besetzten Gebiet des Westens für folgende Beschäftigungsarten gesucht:

Schreibdienst	143
Fürsorge- und Ordnungsamt (möglichst viel pferdekundige Leute)	204
Arbeiter für landwirtschaftliche Betriebe	25
Technischer Dienst (Zeichner, Hoch- und Tiefbautechniker)	27
Bäder	5
Schlächter	16
Kranendienst	81
Verkehrsdienst (Schreiber, Akzise mit etwas französischen Sprachkenntnissen)	6
Post- und Telegraphendienst (Schalterbeamte)	23
(frühere Zeugnisse sind vorzulegen)	
Einzigster Dienst (Schneider, Schuhmacher, Köche, Metzger und dergleichen)	204

Hilfsdienstpflichtige mit französischen und vlämischen Sprachkenntnissen werden besonders berücksichtigt.

Personen, die bisher in Betrieben der Kriegswirtschaft, der Landwirtschaft und Volksernährung beschäftigt waren, werden grundsätzlich nicht angeworben.

Bis zur endgültigen Ueberweisung an die Bedarfsstellen des besetzten Gebietes wird ein „vorläufiger Dienstvertrag“ abgeschlossen.

- Die Hilfsdienstpflichtigen erhalten:
- freie Verpflegung oder Geldentschädigung für Selbstverpflegung,
- freie Unterkunft,
- freie Eisenbahnfahrt zum Bestimmungsort und zurück,
- freie Benutzung der Feldpost,
- freie ärztliche und Lazarettbehandlung.

Die Höhe des Lohnes oder Gehaltes kann erst bei Abschluss des endgültigen Dienstvertrages festgesetzt werden und richtet sich nach Art und Dauer der Arbeit sowie nach der Leistung. Eine auskömmliche Bezahlung wird zugesichert.

Im Falle des Bedürfnisses werden außerdem Zulagen gewährt für in der Heimat zu verbleibende Familienangehörige. Die Versorgung Hilfsdienstpflichtiger, die eine Kriegsdienstbeschädigung erleiden und ihrer Hinterbliebenen wird nach besonders geregelt.

Meldungen nehmen die zuständigen Bezirkskommandos bis einschließl. 14. 3. 1917 entgegen.

Es sind beizubringen: zeitlicher Ausweis, aus dem die Staatsangehörigkeit zu ersehen ist, etwaige Militärpapiere, ein Ausweis, aus dem die bisherige Beschäftigung klar zu ersehen ist, erforderlichenfalls eine Bescheinigung gemäß § 9, Abs. 1 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst (Abheftchen).

Antritt der Beschäftigung: 20. 3. 1917. An diesem Tag wird die gemeinschaftliche Ausreise von Karlsruhe ab erfolgen. 741
Kriegsamtstelle Karlsruhe.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Aufforderung des Kriegsamt zur freiwilligen Meldung gemäß § 7 Abs. 2 des Gesetzes für den vaterländischen Hilfsdienst.

Hierzu gibt das Generalkommando bekannt:

Zur Ausführung von landwirtschaftlichen Arbeiten jeder Art werden im Korpsbezirk Arbeitskräfte dringend benötigt und zur Meldung aufgefordert. Insbesondere sind Frauen und Mädchen erwünscht, die vermöge ihrer Herkunft vom Lande oder früherer Beschäftigung in land-, garten- oder forstwirtschaftlichen Betrieben schon einige Kenntnisse in landwirtschaftlichen Arbeiten haben.

Die Vergütung erfolgt nach ortsüblichen Sätzen. Gute Verpflegung ist gewährleistet.

Meldungen werden von heute ab bis auf weiteres bei den Hilfsdienststellen (städtischen Arbeitsämtern und Bezirksarbeitsnachweisen für Kriegsbeschädigte), bei den Orts- und Kreisbehörden und dem Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer in Karlsruhe entgegen genommen.

Da angesichts der vorgeschrittenen Jahreszeit die Inanspruchnahme der landwirtschaftlichen Arbeiten keine Verzögerung duldet, ist es erforderlich, daß alle Bewerber sich ungehast zu den genannten Meldestellen begeben.

Karlsruhe, den 26. Februar 1917.
Kriegsamtstelle Karlsruhe.

P.T.  P.T.

Palast-Theater

Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11

Heute letzter Tag.

Erst-Aufführungsrecht!

„Das Rosa-Pantöffelchen“

II. Teil
Lustspiel in 3 Akten.
In der Hauptrolle: **Grete Weixler.**

„Der Strumpf“

Drama in 2 Akten.

„Sein Doppelgänger“

mit **Leo Peukert** in der Hauptrolle.

Die neuesten Kriegsberichte von allen Fronten
Hochinteressante Aufnahme.

Ausserdem einige Extra-Einlagen.

Zu diesem reichhaltigen Programm haben **Vorzugskarten Gültigkeit.**

Die ruhigeren Nachmittags-Vorstellungen werden dem geehrten Publikum als besonders genussreich empfohlen. 746

Zum gef. Besuche ladet ergebenst ein
411 **Fr. Schulten.**
Palast-Theater Herrenstr. 11.
1/2 Minute von der **Elektr. Haltestelle Herrenstrasse.**

Akademische Kriegsvorträge.

Auf Anregung des Groß- Ministeriums des Kultus und Unterrichts wird am **Mittwoch, den 14. März 1917**, abends 8 1/2 Uhr im **Städtischen Konzerthaus** Herr Geh. Hofrat, Prof. **Benoit** an der Technischen Hochschule hier, einen

öffentlichen Vortrag

über
„**Massentransportwesen**“.
(mit Lichtbildern).

halten:

Eintrittskarten zum Preise von 1,50 M., 1 M. und 50 Pfg. sind bei der Hofmusikalienhandlung von **Fr. Doert** hier, Kaiserstr. 159 (Eingang Ritterstr.), sowie an der Abendkasse zu haben.

Der Reinertrag ist für die Kriegswohlfahrtspflege bestimmt.

Frühjahrs-Neuheiten eingetroffen:

Aus Seide { Mäntel, Mantelkleider 692
Blusen, Kleiderröcke, Unterröcke

Aus Kunstseide: Jacken und Blusen.

Aus soliden Stoffen, in schwarz, u. farbig
Jackenkleider, Paletots, Blusen
Rips- u. Lodenmäntel, Kleiderröcke.

Daniel's Konfektionshaus

Karlsruhe, Wilhelmstrasse 34, 1 Treppe.

Druckarbeiten

aller Art liefert schnell und billig
Buchdruckerei Volksfreund

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Cheungebote. Hermann Dürk von Baihingen, Schriftföher alda, mit Hedwig Scheuermann geb. Müller von Baihingen, Wolfram Gauger von Lahr, Regierungs-Assessor hier, mit Berta Weller von Bruchsal. Karl Janz von Feuerthalen, Dipl.-Ing., Chemiker in Ludwigsbäsen, mit Johanna Metz von hier. Paul Thor von Raundorf, Mediziner hier, mit Anna Schaufele Witwe von Oberweidach. Josef Spinner von Offenbach, Bäder alda, zurzeit hier, mit Margarete Schulz von Offenbach.

Geburten. Karl Küfner von Schorndorf, Bedner und Installateur hier, mit Josefine Holz von Zimmern. August Augustin von Wauschlatt, Metzgermeister in Hamburg, mit Frieda Bechtel von hier.

Geburten. Gerhard Helmuth, B. Karl Neuter, Kaufmann, Hedda, B. Philipp Rippshaus, Architekt. Gertraud Wilhelmine Elise, B. Otto Friedel, Zeichnerlehger. Emma, B. Friedrich Wagner, Postbote. Erich Karl, B. Christ. Schmidt, Gärtner. Lina Clara, B. Friedrich Martzaler, Wagenführer. Karl Engelbert Adolf Wilhelm, B. Karl Valdes, Damenschneider. Jürgen, B. Engelbert Welterer, Werb.-Mediziner. Ellen Maria Luise, B. Karl Wilm. Dauth, Großh. Oberamtsrichter. Kurt Walker, B. Karl Christoph Leuch, Schneider. Elisabeth Erna, B. Karl Berger, Bierbrauer. Willi Gustav, B. Gustav Imbrunjer, Kaufmann.

Todesfälle. Pauline Krattinger, 71 J. alt, Witwe von Karl Krattinger, Tagelöhner. Barbara Freitel, 42 J. alt, Ehefrau von Berthold Freitel, Landwirt. Ernst Schneider, Bern.-Assistent, Ehemann, 65 J. alt. Lorenz Zimmermann, Bahnarbeiter, Ehemann, 34 J. alt. Josef Burtari, Tiefbauarbeiter, Ehemann, 43 J. alt. Arthur Wilscher, Kaufmann, Ehemann, 65 J. alt. Alois, 2 Mon. 4 Tage alt. V. Arnold Saas, Schlosser. Katharina Bräuninger, Fabrikarbeiterin, ledig, 29 J. alt. Emilie Wujam, 37 J. alt, Ehefrau von Max Wujam, Metzger. Victoria Weber, 43 J. alt, Ehefrau von Nikolaus Weber, Bierbrauer. Michael Kurz, Friseur, Ehemann, 72 J. alt.

Abgeschlossener Buchhalter,

gelegten Alters sucht für Vertrauensposten in Karlsruhe auf sofort.

Städt. Arbeitsamt
Karlsruhe
Bähringerstr. 100. Fernsprecher 625 u. 949
Abteilung: Städtischer Stellennachweis für Kaufm., technische und Büroangestellte.

Büchlerinnen

Arbeiterinnen

finden gegen hohen Lohn dauernde Beschäftigung.

Dampfwaschanstalt Schorpp

Kaiser-Allee 37.

Gewerkschafts-Kartell Karlsruhe.

Die Delegierten des Gewerkschafts-Kartells werden hiermit zu der am **Sonntag, 11. März**, nachmittags 2 Uhr, in der **Gewerkschafts-Zentrale**, Kaiserstr. 13, stattfindenden **General-Verammlung** ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

- Mitteilungen.
- Jahresbericht des Vorjüngenden des Gewerkschafts-Kartells und des Arbeiter-Sekretärs.
- Stoffenbericht vom 1. Quartal 1916 sowie Jahresbericht der Kasse.
- Wahl der Kartell- und Sekretariats-Kommission sowie der Revisoren und der weiteren Vertretungen in anderen Korporationen.
- Bericht über die Durchführung der Milchversorgung in der Stadt Karlsruhe.
- Bericht über die Verhandlungen im Ministerium des Innern über die Bierpreisfrage.

In Anbetracht der Wichtigkeit der zu erledigenden Tagesordnungspunkte wird um pünktliches und allseitiges Erscheinen der gewählten Vertreter ersucht. 757
Die Kartell-Kommission.

Büro-Fräulein

gesucht,

fähig im Maschinenschreiben und Stenographie. Bewerberinnen wollen sich melden 111

Städt. Arbeitsamt

Bähringerstraße 100, 3. Stock

Nächste Badische Rote + Gold-Lotterie.

Ziehung schon 16. März 2020 Geldgewinne und 1 Prämie bar

37 000 Mk.
Hauptgewinn ev. **15 000 Mk.**
3327 Geldgewinne

22 000 Mk.
Lose à 1 Mk., 11 Lose 10 M.
Porto und Liste 30 Pfg.
empfehlen Lotterie-Untern.

J. Stürmer
Strasbourg i. E., Langstraße 101.
Filiale Kohl a. M., Hauptstr.

Franz Pecher
Karlsruhe, Kaiserstr. 78,
Carl Götz, Hebelstr. 11/15.

Freie Turnerschaft Karlsruhe.

Von heute ab **Wiederbeginn der Turnstunden.**

Für Turnerinnen jeden Dienstag von 8-10 Uhr in der **Ridellschule**, Markgrafenstr. 28.

Für Mitglieder und Jugen Turner jeden Dienstag von 8-10 Uhr in der Turnhalle **Mühlburg**, Garbstraße und jeden Freitag von 8-10 Uhr in der **Ridellschule**, Markgrafenstraße 28.

Schüler und Schülerinnen jeweils von 7 Uhr ab.

Neuanmeldungen in den Turnstunden.

NB. Freitag Abend 9 Uhr **Turnratsitzung** in der **Ridellschule**. — Diejenigen Mitglieder oder Angehörige von solchen welche ein Stück des Spielplatzes bebauen wollen, werden gebeten, sich Sonntag Nachmittags 3 Uhr auf dem Platz einzufinden zwecks Einteilung. 740

Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstraße 34, 1 Tr.

Wintermäntel M. 32.75 an
Wasserbichte Mäntel M. 29.75 bis M. 108.00
Jackenkleider, neue Formen in schwarz und farbig M. 28.75 bis M. 125.00
Kleiderröcke M. 5.75 an
Nachmittags M. 2.80 an
Blusen M. 3.25 an
Pelerinen und Lodenmäntel in allen Größen. 658
Keine Ladenbesuche.

Postkarten u. Pass-Bilder

werden billig angefertigt. 687
Photograph Meess, Schützenstr. 61.

Diwans,

neue, von 70 und 75 M an, hoch. Dessins von 95 M an. 671
R. Köhler, Schützenstr. 25.

Ausgekämmte Haare

(eine getragenen Arbeiten) kauft zu höchsten Preisen **Oskar Deker** (Haarhandlung), Kaiserstr. 32

Ein weißes Cheviotkleid (3-5 Jahre), ein heller Anabenanzug (2-4 Jahre), ein Paar neu gelobte Kinderstiefel (3 bis 4 Jahre), alles gut erhalten, zu verkaufen. **Luisenstr. 4, 2. St.**

Durlach.

Verloren wurde von einem Arbeiter ein Geldbeutel (Inhalt 34 bis 35 M.) auf dem Wege von der Post bis Bahnhof. Abzugeben gegen Belohnung beim Portier vom **Schloßpark**. 743

Büchler

Tüchtiger Büchler auf sofort gesucht.
Mees & Löwe
Kaiserstr. 46.

Pfänderversteigerung.

An **Mittwoch, 14. März, 1917**, vorm. von 9 Uhr u. nachmittags von 2 Uhr an, findet im Versteigerungsortal des Reichshauses: Schwabenstr. 6 2. Stock, die

öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder

Nr. 13259 bis mit Nr. 15487 gegen Barzahlung statt.

Das Versteigerungstotal wird 1/2 Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet.

Die Kasse bleibt am Versteigerungstag sowie am Nachmittags des vorhergehenden Tages geschlossen. 756

Karlsruhe, 10. März 1917.
Städt. Pfandleihkasse.

Vollständige Jahrgänge

des „**Volksfreund**“ 1914-16 gesucht. Angebote unter 739 an die Geschäftsstelle d. Volksfreund.